

Rede zum Haushaltsplanentwurf 2026 der FDP Monheim am Rhein, 10. Februar 2026 / Martin Brand.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung und des Rates,
sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal und im Livestream,

zunächst möchte ich mich bei der Kämmerei und allen Mitarbeitenden bedanken, die an der Aufstellung und an den vielen Diskussionen und Beratungen zu dem uns vorgelegten Haushaltsplan beteiligt waren. In den letzten Wochen und Monaten gab es viele Fragen, die immer zügig und verständlich beantwortet wurden. Diese Transparenz ist unverzichtbar, um den Haushalt 2026 fundiert bewerten zu können.

Der uns vorgelegte Haushalt ist ein seit Jahren gewachsenes Konstrukt, welches wir bereits in der Vergangenheit kritisiert haben. Und auch der im Oktober noch vom damaligen Bürgermeister eingebrachte Haushaltsplan trug die Handschrift einer Mehrheit, die den Ernst der Lage in meinen Augen nicht vollständig erfasst hat.

Die nun im dritten Jahr äußerst angespannte Haushaltslage ist verursacht durch einen Einbruch der Gewerbesteuerereinnahmen, dessen Ursachen nicht in Monheim zu suchen sind - und damit auch nur bedingt hier vor Ort beeinflusst werden können.

Wir haben es jedoch in der Hand, auf die Auswirkungen dieser Situation angemessen zu reagieren und entsprechende Entscheidungen zu treffen. In der Vergangenheit wurde hier auf Zeit gespielt. Es wurde nur genau so viel getan, dass es so eben für ein rechnerisch genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept reicht – ohne Rücksicht auf die langfristigen Folgen.

Da verwundert es niemanden, dass der Haushalt nicht kurzfristig in nur einem Sitzungslauf vollständig reformiert werden konnte. Was uns in den ersten 100 Tagen gelungen ist, ist das längst überfällige und auch von der FDP lange geforderte Umdenken in der Politik und Verwaltung. In den hinter uns liegenden Beratungen haben wir es geschafft, erste Maßnahmen zu ergreifen, die endlich wieder in die richtige Richtung weisen.

Seitens der Verwaltung wurden mit der Ergänzungsliste zum Haushaltsplan Potenziale zur Senkung konsumtiver Ausgaben identifiziert und in großen Teilen durch die Politik beschlossen. Beispielhaft möchte ich den Bereich Wirtschaftsförderung nennen, der hier konstruktive Einsparvorschläge gemacht und diese gut begründet hat.

Auch im investiven Bereich haben wir langfristig vernünftige Entscheidungen getroffen. Die reflexartige Kritik, die nötige Konsolidierung bedeute Stillstand oder Rückschritt, geht an der Realität vorbei. Es handelt sich schlicht um notwendige Priorisierungen.

Wenn wir den im Oktober eingebrachten Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes mit der nun vorliegenden Version vergleichen, stellen wir fest, dass das prognostizierte Eigenkapitalpolster für das Jahr 2029 von knapp unter 2,9 Millionen Euro auf 16 Millionen Euro angewachsen ist.

Basierend auf dieser in meinen Augen positiven Entwicklung nehme ich hier schon einmal vorweg, dass ich dem vorliegenden Haushalt, der für mich den Einstieg in eine Phase der notwendigen Konsolidierung markiert, mit Überzeugung zustimmen werde.

Aber dennoch steht uns noch viel Arbeit bevor - gemäß mittelfristiger Finanzplanung zahlt die Stadt 2029 bereits 46,6 Mio. Euro Zinsen für ihre Kredite - Tendenz steigend. 46,6 Millionen Euro, die überhaupt erstmal erwirtschaftet werden müssen und die zukünftig nicht für freiwillige Leistungen oder notwendige Investitionen zur Verfügung stehen werden.

Trotz der bereits eingepreisten Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes auf 280 Punkte ab dem Jahr 2027 bleibt die Lage kritisch. Selbst diese Mehreinnahmen reichen nicht, um das strukturelle Defizit zu decken: Der Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ist und bleibt mittelfristig alarmierend. 2026 fehlen 111 Millionen Euro. Im Jahr 2027 fehlen laut Plan 121 Millionen Euro.

Vereinfacht gesagt: Einen wesentlichen Teil der Kredite nimmt die Stadt nicht mehr für Investitionen auf, sondern um überhaupt zahlungsfähig zu sein.

Wie durch die Kämmerei bereits angekündigt, werden wir daher in den kommenden Monaten weitere haushaltsrelevante Entscheidungen treffen müssen - Entscheidungen, die nicht nur für den Haushalt, sondern vermutlich für viele Monheimerinnen und Monheimer relevant sein werden. Wir werden in den kommenden Jahren deutlich schärfer priorisieren müssen.

Bei dieser Überprüfung der Leistungen im konsumtiven Bereich wird es natürlich auf die Kosten, aber auch auf den Mehrwert für die Monheimerinnen und Monheimer sowie die Attraktivität unseres Wohn- und Wirtschaftsstandorts ankommen müssen.

Für die Freien Demokraten werde ich mich dafür einsetzen, dass in Monheim auch weiterhin zukunftsorientiert investiert wird. Wir stehen zur Entwicklung einer attraktiven Innenstadt, zu Angeboten in Kultur, Freizeit, Sport und selbstverständlich zu moderner Infrastruktur, modernen Schulen und Kitas.

Wir werden Investitionen klüger steuern müssen. Die Skateanlage zum Beispiel pausiert bis zur Entscheidung über die Olympischen Spiele, um Fördermittel zu sichern oder zu einem späteren Zeitpunkt alternative Finanzierungswege im Haushalt zumindest zu prüfen. Aber auch die Prüfung, den Bau des Stadtarchivs mit der Neuplanung des VHS-Komplexes zu kombinieren, hat zum Ziel, investive Kosten für den Bau, aber auch langfristig konsumtive Kosten für den Unterhalt durch Synergieeffekte zu reduzieren.

Notwendige, nächste Schritte

Das Problem sind nicht die Investitionen an sich, sondern der über Jahre gewachsene Anspruch, nahezu jede Aufgabe in städtische Regie zu übernehmen. Das hat einen Kostenapparat geschaffen, der uns nun die Luft nimmt.

Hier kann ein möglicher Hebel im Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit liegen. Ergänzend zu bereits bestehenden Projekten, wie beispielsweise dem aktuell wohl prominentesten Beispiel - dem Verbandswasserwerk Langenfeld und Monheim - muss auch hier geprüft werden, an welchen weiteren Stellen und mit welchen Partnern Synergien zu erzielen sind.

Ganz grundsätzlich sollten wir auch stärker auf privates und unternehmerisches Engagement setzen. Investitionen und Projekte in Monheim müssen nicht zwingend allein aus dem städtischen Haushalt finanziert werden.

Beispielhaft möchte ich die Gelegenheit nutzen und zum Abschluss meiner Rede daran erinnern, dass es private Akteure gibt, die nur darauf warten, hier vor Ort erhebliche Summen zu investieren. Wir als Freie Demokraten wünschen uns, dass ein Geist einkehren wird, der einerseits dieses unternehmerische Engagement - und andererseits sachliche Debatten zu solchen Projekten ermöglicht. Ich bin überzeugt, wir können hier Lösungen finden, die sowohl einem der großen Arbeitgeber hier vor Ort Planungssicherheit geben als auch in vielerlei Hinsicht im besten Interesse unserer Stadt sind.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns in diesem Jahr konstruktive, faire und sachliche Debatten.